

399/AE XXI.GP
Eingelangt am:

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Antoni
und GenossInnen
betreffend Qualitätsoffensive an Schulen und in der Erwachsenenbildung

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel stellte in seiner Regierungserklärung am 9. Februar 2000 unter dem Titel „Neu regieren heißt: Bildung als Rohstoff des 21. Jahrhunderts zum Mittelpunkt machen“ fest:

„Ein Staat, der in brain - power investiert, sichert die Lebens - und Arbeitschancen der Menschen und stärkt die Wirtschaft. Wir werden uns deshalb mit aller Kraft der Sicherung der Qualität und der Weiterentwicklung der Bildungsangebote widmen.“ „Die Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens für die berufliche Sicherheit und Weiterentwicklung wird immer wichtiger, deshalb wollen wir mit einer umfassenden Regierungsoffensive den Erwachsenen - und Weiterbildungsbereich fördern und innovative Formen der Weiterbildung gerade in neuen Berufsfeldern unterstützen.“

Die FP - / VP - Regierung hat seit ihrem Amtsantritt entgegen ihren Versprechungen in Bildung zu investieren, mit einer „Rasenmäher - Methode“ quer über alle Bildungsbereiche gekürzt. Der Bildungsabbau wird auch im Budget 2002 fortgesetzt. Standen 1999 noch 7,847 Mrd. Euro oder 4 % des BIP für Bildung zur Verfügung, werden es im Jahr 2002 nur mehr 3,56 % sein - das ist eine Reduktion um 11 %.

Das Unterrichtsbudget weist für 2002 lediglich eine geringe Erhöhung von 5,626 Mrd. Euro auf 5,634 Mrd. Euro (plus 0,14 %) auf. Darin enthalten sind bereits die jährlich um 2,5 % steigenden Strukturkosten beim LehrerInnen-Personal und die ausverhandelte 0,8 %ige Erhöhung der Gehälter. Allein um das derzeitige Niveau aufrechtzuerhalten, bedarf es einer mehr als 4 %igen jährlichen Steigerung des Bildungsbudgets. Damit ist aber noch kein einziger zusätzlicher Schulplatz geschaffen bzw. können Qualitätsverbesserungen umgesetzt werden.

Die international anerkannte Qualität des österreichischen Bildungssystems ist damit gefährdet!

Durch die Maßnahmen der FP - / VP - Regierung droht bis zum Ende der Legislaturperiode ein Abbau von insgesamt rund 7.000 LehrerInnen in allen Schultypen. Betroffen sind vor allem die jungen VertragslehrerInnen sowie SchülerInnen, berufstätige Eltern, Alleinerziehende; die LehramtskandidatInnen erhalten überhaupt keine Chance mehr in den Beruf einzusteigen. Insgesamt kommt es zu einem massiven Qualitätsverlust im österreichischen Schulwesen, die Chancengerechtigkeit, das Recht auf Ausbildung bleibt auf der Strecke.

Es drohen eine Erhöhung der KlassenschülerInnen - Zahlen und eine Reduktion der Integrationsklassen, davon sind Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, Kinder mit Behinderungen oder Kinder mit spezifischem Förderbedarf betroffen. Weiters wird es kaum mehr ein Angebot an unverbindlichen Übungen und Freigegegenstände, wie z.B. Informatik -, Musik - und Sportunterricht geben. Die Angebote von ganztägigen Schulformen bzw. Schulen mit Nachmittagsbetreuung müssen gekürzt werden, davon betroffen sind vor allem die berufstätigen Eltern und die Alleinerziehenden. Moderne pädagogische Lehrformen, wie Projektunterricht, Team teaching, fächerübergreifender Unterricht werden erschwert.

Das Budget leistet keinen Beitrag zum dringend notwendigen Ausbau des berufsbildenden, mittleren und höheren Schulwesens, insbesondere zur Ausbildung von Informations - und Technologieexperten. Der notwendige Einsatz von modereren Informations - und Kommunikationstechnologien erfolgt zu spät und zu langsam. Das Budget für die Erwachsenenbildung, also für das lebens - und berufsbegleitende Lernen, ist 2002 auf der völlig unzureichenden Höhe von 10,805 Mio. Euro eingefroren. Im Vergleich zum Budgeterfolg 2000 ist das eine Kürzung um 17 %! Bereits für das Jahr 2001 wurde die Förderung der Erwachsenenbildung um 15 % gekürzt und das, obwohl der Rechnungshof und die OECD die zu geringen Mittel für die Erwachsenenbildung kritisiert und eine deutliche Erhöhung empfohlen haben.

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschliessen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch folgende Maßnahmen sicherzustellen, daß das breitgefächerte umfangreiche Bildungsangebot an allen österreichischen Schulen und den Institutionen der Erwachsenenbildung aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden kann, damit die Chancengerechtigkeit und das Recht auf Bildung und Ausbildung für alle weiterhin gewährleistet ist:

- Gebührenfreier Zugang zu allen Schulen sowie zu den Institutionen der Erwachsenenbildung.
- Erhöhung der SchülerInnen - und Heimbeihilfen für die sozial und regional Benachteiligten.
- Ausbau der SchülerInnen - Mitbestimmung.
- Qualitätsoffensive durch
 - > grundlegende Reform und Verbesserung der LehrerInnen - Aus - und Fortbildung, insbesondere im Fremdsprachen - und IT - Bereich sowie in der Didaktik;
 - > flexibles und praxisgerechtes LehrerInnen - Dienst - und Besoldungsrecht;
 - > Sicherstellung der erforderlichen LehrerInnen - Planstellen für alle Schulen;
 - > Bereitstellung der erforderlichen Schul - und Unterrichtsräumlichkeiten mit moderner informationstechnologischer Ausstattung sowie der Schulplätze;
 - > optimale Nutzung dieser Schulraumressourcen, Labors, Werkstätten usw. durch Kooperationsverträge zwischen verschiedenen Schulerhaltern;
 - > besondere Fördermaßnahmen für Kinder mit Lernschwächen, mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf sowie für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache;
 - > generelle Sicherstellung der Nachmittagsbetreuung von SchülerInnen;
 - > schrittweise Senkung der KlassenschülerInnen - Höchstzahlen;
 - > verstärkte Flexibilität und Kooperation zwischen verschiedenen Schularten.
- Sicherung der Standorte von Kleinschulen in ländlichen Regionen.
- Rasche Umsetzung der „Computer - Milliarde“.
- Sonder - Maßnahmenpaket zur Ausbildung von Experten in Informations - und Kommunikationsberufen: 5.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in Informatiklehrgängen und Kollegs, weitere 5.000 Schulplätze in den berufsbildenden Schulen für die Erstausbildung.
- Zusätzliche Ausbildungsangebote als Alternative zum dualen Bereich für jene Jugendlichen, die keinen Lehrplatz finden.
- Ausreichendes Angebot von Schulplätzen in den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.
- Bereitstellung einer Milliarde Schilling für die Weiterbildung sowie zur Unterstützung des berufsbegleitenden Lernens.
- Umfassendes Informationssystem über alle Weiterbildungsangebote.
- Ausbau der Schulen für Berufstätige zu „Kollegs für Berufstätige“ als multifunktionale Bildungszentren.
- Gebührenfreies Nachholen von Bildungsabschlüssen, wie z.B. Hauptschulabschluß, Fachschulabschluß, Berufsreifeprüfung.

- Ausbau einer flexiblen „Bildungskarenzzeit“ für alle ArbeitnehmerInnen und insbesondere für Frauen, die nach der Kinderbetreuung wieder in den Beruf einsteigen wollen.

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Unterrichtsausschuß zuzuweisen.